

Unverkäufliche Leseprobe aus:

Döblin, Alfred

Schriften zur Politik und Gesellschaft

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Inhalt

[Die Frau in der Klassengesellschaft] (1896)	9
Reims (1914)	14
Es ist Zeit! (1917)	22
Drei Demokratien (1918)	30
Der Dreißigjährige Krieg (1919)	42
Revolutionstage im Elsaß (1919)	57
Die Vertreibung der Gespenster (1919)	69
Neue Zeitschriften (1919)	81
Landauer (1919)	97
Der Bär wider Willen (1919)	99
Dämmerung (1919)	108
Republik (1920)	117
Glossen, Fragmente (1920)	126
Der Knabe bläst ins Wunderhorn (1920)	138
Krieg und Frieden (1920)	151
Zwischen Helm und Zylinder (1920)	170
Leidenschaft und Landleben (1920)	180
Das Nessushemd (1921)	191
[Gutachten über Brunner] (1921)	200
Der Kapp-Putsch (1921)	201
Kuriosa aus Deutschland (1922)	203
Deutsches, Allzudeutsches (1922)	207
Neue Jugend (1922)	210
Trauertag in Berlin (1923)	220
Blick auf die Ruhraffaire (1923)	224
Kritischer Verfassungstag (1923)	228
Der hörbare Ruck (1923)	233
Schriftsteller und Politik (1924)	235
[Das Recht der freien Meinungsäußerung] (1927)	237
[Aktionsgemeinschaft für geistige Freiheit] (1929)	242
Kassenärzte und Kassenpatienten (1929)	243

Unterhaltung über den Marxismus (1929)	246
Katastrophe in einer Linkskurve (1930)	249
Selbstschändung des Bürgers (1930)	256
[Brief an Franz de Paula Rost] (1930)	260
[Zensur der Straße] (1930)	261
[Antwort auf Kornfelds Kritik] (1931)	262
Vorwort zu einer erneuten Aussprache [über »Wissen und Verändern!«] (1931)	265
Nochmal: Wissen und Verändern (1931)	269
[Rußlandvorträge der Deutschen Welle] (1931)	294
Grundlinien (1931)	295
[Zirkular-Brief] (1931)	297
Die Gesellschaft, das Ich, das Kollektivum (1931)	298
Herr Gütermann (1932)	301
[Das Land, in dem ich leben möchte] (1932)	306
Bemerkungen zum 15-Jahr-Jubiläum [der Sowjetunion] (1932)	307
[Friede auf Erden] (1932)	309
[Kundgebung] (1933)	309
Kommandierte Dichtung (1934)	311
Grundsätze und Methoden eines Neuterritorialismus (1935)	312
Lektüre in alten Schulbüchern (1936)	342
[Verbrannte und verbotene Bücher] (1937)	347
Prometheus und das Primitive (1938)	350
Das Vakuum nach dem Sozialismus	372
[Brief an Arthur Koestler] (1938)	379
Politik und Seelengeographie (1938)	384
Von neudeutschen Schulen (1938)	388
Das Rote Kreuz (1938)	394
Der Friede von morgen (1939)	398
Zu Rauschnings Buch [»Gespräche mit Hitler«] (1940)	400
Hinweise und Vorschläge für die Propaganda nach Deutschland hinein (1940)	409

Disques pour le front (1940)	421
Programmatisches zu Europa (1940)	424
Die literarische Situation (1947)	429
Kritik der Zeit (1947)	444
Weg mit der Furcht! (1947)	450
Kleines Notizbuch (1948)	453
[Humanismus und Sozialismus] (1948)	461
[Kritik der Zeit] (1949)	464
Rosa Luxemburg, Briefe an Freunde (1951)	470
[Brief an Irma Loos] (1951)	474

Anhang

Editorische Notiz	481
Daten zu Leben und Werk	485
Nachwort	492
Literaturhinweise	511

Der hörbare Ruck

Da war die Epoche 1919 in Berlin: verschossene Militärsachen, alles Feldgrau wurde aufgetragen, der Entlassungsanzug beherrschte das Bild. Was gefährlich war, ging feldgrau. Es gab Unruhen; Aufrufe rechts und links; 23er-Ausschuß, dies Komitee, das Komitee. Dann beruhigte es sich. Das Schloß wurde repariert; es war übrigens alles halb so schlimm gewesen. Das Polizeipräsidium wurde repariert; Stacheldraht versperrte noch lange den Zugang von der Alexanderstraße. Die dynastischen Büsten am Gebäude blieben endgültig verschwunden. Berlin begann sachte zu florieren. Es kam die Zeit des Streichens der Häuserfronten, der Ladenschilder. Man putzte sich nach der langen Kriegspause. Eine Tanzwelle hatte schon vorher das Land berührt; jetzt stürzte eine volle Flut heran. Das Unzulängliche wurde Ereignis; alle Schichten und Altersklassen Berlins begannen zu tanzen. Es war sichtlich eine psychische Infektion. Der Rundtanz verschwand. Wer gerade Beine und rachitisch krumme hatte, bewegte sich nigerisch. Die rührenden Bilder in den östlichen Tanzsälen; es saßen einige unbedeutend da, plapperten, berlinerten, lutschten an ihren Gläsern; dann standen sie auf, bewegten sich: eben noch Ladenschwengel und Fabrikmädel, jetzt König und Königin. Und wie das ernst strahlte.

Damals setzte in großem Maße die Fremdeninvasion ein. Um den Alexanderplatz die ärmlichen galizischen Zentren: alltags standen in den kleinen Straßen die kehlenden und näselnden Männer, viel Bärte, handelten, stritten sich. Berlin war ihnen Durchgangspunkt für Amerika. Im Westen die bleibende Russeninvasion, die Emigranten der Sowjets, die Bankkonten und Wertsachen im Ausland hatten. Der Dollar fing an, sich aus den irdischen Niederungen zu erheben. Die Notenpresse folgte ihm mit liebender Sehnsucht. Likörstuben begannen sich zu zeigen; der Kognak trat aus dem Schrank in die Öffentlichkeit, hielt in

hundert Plakaten, Schildern, Lichtzeichen Reden an sein Volk. Ersichtlich hatte das deutsche Volk nur eine Rettung: zurück zum Kognak. Aber er hatte einen Konkurrenten: die Banken und Bankfilialen. Während Likörstuben für die deutsche Intimität sorgten, hatten die Banken ein Einsehen, die Häuser auszuräumen. Die Banken machten in Berlin eine Generalattacke auf die Eckläden. Cafés, Strumpfgeschäfte wurden expropriert. In die Französische Straße, die so vornehm ruhig gelegen hatte, kam Fieber. Man baute. Der neue König von Deutschland baute sich Paläste. Und bald war Ordnung im Land. Am Bache saß Luise und zählte die Devisen. Nicht bald darauf bemerkte ich eine neue Veränderung: Metallkeller bewiesen eine ungeahnte Existenzberechtigung. A tempo verschwanden gleichzeitig zahllose Türklinken, Kilometer Telegraphendraht nach sämtlichen Richtungen. Das Kunstinteresse wurde in Kreisen wach, die nie eins gehabt hatten: diese Leidenschaftlichen demontierten ganze Denkmäler.

Ruckweise ging durch die Stadt ein Kauffieber. Die Mark war zwar aus Papier, aber floß wie Wasser. Durch alle Hände. Und alle waren wasserscheu. Der Kapp-Putsch war vorübergegangen, der Tod Rathenaus hatte aufgewühlt: dauernd wuchs dabei diese Wasserscheu. Die östlichen, nördlichen Vergnügungssäle entleerten sich mehr und mehr: meine königlichen Burschen und Mädcheln wurden arm. Die Ökonomie wirkte direkt auf die Tanzformen. Die Jungen durften nicht mehr tanzen, die Alten tanzten, und »rund« wurde wieder modern. »Witwenbälle« wurden allgemein (gegrüßt, Walterchen von der Rosenthaler Straße). Einer plumpen neuen Tierform, einer Art Ichthyosaurus, begegnete man bald an vielen Stellen, dem Inflationsreichen; er watete, eine Scheingröße, durch die Lokale, die Theater. Ich fragte nach meinen Bekannten: was noch lebte, war in die Industrie, zur Börse, in den Film geflohen. Buddha, der vollkommen Erwachte, Führer der Männerherde (in Indien) aber lehrt das dicke Ende.

Der hörbare Ruck kam. Er ist noch im Gange. Er wird immer

hörbarer werden. Taube werden sich auf ihre gesündesten Zeiten besinnen. Mit Zucker- und Kartoffelpolonaisen fing es an. Debattierende Frauen auf den Straßen. Erst streikte es hier und da. Dann fuhr die gesamte Elektrische nicht. Und als sie fuhr, fuhr sie leer und man mußte daneben gehen. Die Stadt wurde nach einigen Unruhetagen wieder still. Herrlich steht Unter den Linden, Ecke Charlottenstraße, ein neues Gebäude; meine Freude, ein mächtiger moderner Koloß, in diesen Jahren entstanden. Arbeitslose stehen davor. Eine strenge Zeit zieht herauf.

Schriftsteller und Politik

Die letzte Hauptversammlung hatte sich zwei erregte Stunden zu befassen mit dem Versuch, politische Gruppen im Rahmen des S.D.S. zu bilden. Die Versammlung entschied, daß keine politischen Fraktionen und fraktionsartige Gebilde zu dulden seien. Das Motiv des Entschlusses war, Fraktionsbildung politischer Art hat nichts zu suchen in einem Verband, der neutral, apolitisch ist und politisch divergente Schriftsteller zusammenschließt zur Erreichung gemeinsamer wirtschaftlicher und schriftstellerisch ideeller Ziele. In der Tat genügt ein kurzes Nachdenken, um festzustellen, daß die Zulassung von Fraktionen nicht eine verstärkte Aktivierung, sondern die Auflösung der Organisation bedeutet hätte und Lahmlegung der Restkörper.

Die Schwierigkeit, Schriftsteller zu wirtschaftlichen und standes-ideellen Zwecken zusammenzuführen, ist nicht nur dadurch bedingt, daß der Schriftsteller Heimarbeiter ist; Kenner der Gewerkschaften wissen und betonen immer, daß die Heimarbeiter ebenso leicht ausgenutzt wie schwer organisiert werden. Die Schwierigkeit beim Schriftsteller liegt noch an seiner bis zur Neuropathie besonderen, eigentümlichen Person – er ist Einzel-

mensch – und liegt zuletzt im Politischen. Das heißt: Schriftsteller, der einzelne Schriftstellermensch ist, ob er es weiß oder nicht, intensiv politisiert, wenn auch nicht im Sinn der zufälligen Parteien. Es gibt keine unpolitischen Schriftsteller. Und dieses meist unbewußte Gefühl von der Verschiedenheit der Einstellung hier, kompliziert durch persönliche Varianten, macht den Schriftsteller, den Geistigen überhaupt, wie wir beobachten, organisationsfremd und -feind.

Was in der Organisation sich nicht geltend machen kann, kann es außerhalb. Die Frage, ob der Schriftsteller, der Geistige, der schreibt, sich politisieren soll, ist dahin beantwortet, daß er politisiert ist. Die Frage, ob er – und wie er – im landläufigen Sinne »Politik« treiben soll, steht für sich. Es kann aber meines Erachtens nicht gleichgültig sein, ob einer, der Politik treibt, Geistiger, Schriftsteller ist oder nicht. Die Beschäftigung mit geistigen Dingen, mit Dingen der eigenen und fremden Kulturen, der jetzigen und früheren Zeit, kann, länger getrieben, nicht wirkungslos sein. Was sind das für Wirkungen? Erweiterungen des Horizonts, Überblick: dies zunächst. Ich stelle fest, daß eine Anzahl Schriftsteller ohne Vorteil für sich und andere sich mit geistigen Dingen befaßt hat und daß sie nicht Geistige zu nennen sind. Schärfung und Neigung des Artikels, Intensivierung und Fassung des politischen Grundgefühls bringt die Beschäftigung mit dem Geistigen mit sich, dazu Ruhe und Verantwortungsgefühl im Kampf.

Soll der Schriftsteller, dieser Geistige, Politik treiben? Ja, und durchaus ja. Von Hölderlin stammt das bekannte, noch immer gültige Wort von dem »Schlachtfeld« des Lebens in Deutschland, »wo Hände und Arme und alle Glieder zerstückelt untereinander liegen, indessen das vergossene Lebensblut im Sande zerrinnt«. Man sieht jetzt allgemein, wie schädlich einem Lande das Abgeben der Politik an einen Haufen Professionals ist. Der Schriftsteller muß Politik als einen integrierenden Teil des Geistigen, als wesentliche Äußerung des Geistes erfassen. Er darf, vom Kopf bis zu den Füßen Geistiger, sich nicht verstümmeln, indem er sich poli-

tisch willenlos macht. Er darf sich nicht abschrecken lassen durch die ironischen Worte der Professionals und der Matten, die auf ihre Professionals stolz sind. Es ist mir nicht unwahrscheinlich, daß eine große Zahl guter deutscher Geistiger und Schriftsteller durch die lange Abstinenz politisch unfähig geworden ist.

Das kann nicht hindern, auf die Wichtigkeit des verlorenen Terrains hinzuweisen, besonders die jüngeren und heranwachsenden Schriftsteller darauf hinzuweisen, und sie zu ihrem eigenen Gewinn und zu dem der Gesellschaft, zur Wiedereroberung des Terrains anzuspornen.

[Das Recht der freien Meinungsäußerung]

Ich werde nicht besonders für die Schriftsteller sprechen. Wenn ich vom literarischen Hochverrat spreche, hauptsächlich von ihm, so greife ich ein Ding an, woran jeder einzelne genau so beteiligt ist wie der Schriftsteller; es ist das Recht der freien Meinungsäußerung. Ich will versuchen, dieses Recht mit Ihnen zusammen gemeinsam anzusehen, auch daraufhin, wo seine Grenzen liegen. Denn man kann ohne weiteres zugeben, daß nicht jeder alles sagen und schreiben darf, was ihm einfällt, ohne mit Recht Gefahr zu laufen. Der einfache Mensch in allen Schichten kennt Beleidigung und Verleumdung, den Angriff mit Worten. Kennt nun auch der Staat den Angriff durch Worte, durch welche Worte und Schriften? Wird von hier aus das Recht der freien Meinungsäußerung eingeschränkt? Da muß ich wissen, wer das ist, der Staat und welcher Staat?

Der Staat jedenfalls in Deutschland ist der Verfassung nach nicht der Wille eines einzelnen oder einer Schicht. Der Staat ist der Wille des ganzen Volkes. Man hat ja im Gegensatz zu früher den Begriff des Volksstaates gesetzt. Das politische Leben eines

solchen Staates, wie es in Meinungsäußerungen, gesprochenen oder gedruckten hervortritt, ist völlig ungebunden von den Behörden des Staats, wird allein vom Willen der Menschen und Volksschichten [bestimmt]. Meinungen und Anschauungen kämpfen hier miteinander, es wird sich durchsetzen was Kraft hat, was auf vielen Menschen ruht und sie weiter führt. Der Staat ist in der wirklichen Demokratie nichts weiter als ein Ausgleichsregulator zwischen den selbständigen Kräften des Volkes. In keiner Weise steht er über dem Bürger, ist ein Verwaltungsapparat für bestimmte praktische Zwecke. Weder eine bestimmte Gesinnung zu pflegen noch gar eine Einförmigkeit im Geistigen zu erzwingen ist seine Aufgabe.

Mit dieser Einstellung, in einer Demokratie selbstverständlichen, sind die letzten Reichsgerichtsurteile zu betrachten. Ich mache ihnen zum Vorwurf, daß sie diktatorisch und nicht demokratisch sind, daß diese Diktatur der Verfassung widerspricht, und daß die Urteile auch in keiner Weise bei ruhigster Überlegung durch den Geist, der hinter ihr steht, gerechtfertigt werden.

Bei Gelegenheit der Diskussion im Reichstag hat der Abgeordnete Kahl erklärt, man dürfe sich nicht wundern, wenn gewisse Urteile erfolgen, der Staat habe eben das Recht der Selbsterhaltung gegen bestimmte staatsfeindliche Bestrebungen. Das ist eine falsche Verteidigung dieser Urteile. Es ist nämlich nicht der Staat, der diese Urteile gefällt hat, sondern ein Einzelgericht, eine machtvoll in den Ämtern sitzende Parteirichtung. Diese ist es, die gegen den Staat die Diktatur mit juristischen Mitteln übt. Dieses Gericht hat argumentiert: die Verfasser gehören einer revolutionären Partei an; die Partei betreibt aber nach ihrem Programm den bewaffneten Aufstand der Massen.

Es ist durchaus richtig, daß jeder Staat das Recht hat, einen bewaffneten Aufstand und auch seine erkenntliche direkte Vorbereitung zu verhindern.

Ich halte aber zunächst alle Urteile, die auf der Zugehörigkeit der Autoren zur kommunistischen Partei und dem Aufstandpa-

ragraphen fußen, ich halte alle diese Urteile darum für verkehrt, weil das Gericht zunächst über diese Partei die Meinungsäußerung des Staates, ihres Auftragsgebers einzuholen hat. Wird die Partei vom Staat verboten, so erfolgen manche Urteile zu Recht. Ist sie aber nicht verboten, und das Gericht vermag sich leicht darüber zu orientieren, daß sie zur Zeit der Delikte und bis jetzt nicht verboten ist, so ist eine Verurteilung aus dem Grund der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei eine selbständige politische Ansicht des Reichsgerichts, ist unerlaubt, geht über die Kompetenz des Gerichts hinaus und diese Urteile sind unzulässig. Das Reichsgericht ist die höchste juristische Behörde, nicht aber eine politische Behörde noch über der Reichsregierung und es ist hohe Zeit, daß nach diesen Urteilen der Staat seine Hand auf das Gericht legt und das Gericht in seine juristischen Schranken zurückweist.

Aber nicht einmal dann, wenn diese staatsgefährliche Partei als solche verboten ist, kann die politische Gesinnung, die ihr zu Grunde liegt, und ihre Äußerung in Schriften ohne weiteres verboten werden. Es kommt darauf an, auf welche Weise alsdann, wo, in welcher Art Schriftwerk die Gesinnung sich äußert. Es kann in der Tat eine Broschüre, eine Flugschrift, ein Handzettel so gut sein wie eine Pistole, ein Maschinengewehr, kann ideell wie Dynamit wirken, und ein Staat, der in Furcht ist, kann solche Schriften, wird solche direkt und unverhüllt vorgehenden Schriften verbieten. Wir haben da in der Literatur das sehr starke Beispiel von Büchners Hessischem Landboten, ein mächtiges literarisches Dokument, aber in allen Details, mit seinen Zahlen, geschichtlichen Hinweisen in der bewußten Absicht des direkten konkreten Angriffs, die Vorbereitung einer Attaque. Da ist Kampf, und wer kämpft muß wissen, daß er einen Gegenschlag erfahren kann.

So aber, mit solcher erkenntlichen direkten Kampfab sicht auf ein konkretes Ziel gehen die hier verurteilten Schriften überhaupt nicht vor. Sie haben im Kern eine Gesinnung. Die hat jedes ehrliche und lebendige literarische Werk, und das kann Goethes

Tasso oder ein beliebiges Volksstück, eine Posse sein. Nur faule ästhetische Werke suchen statt eines Willens eine blossе tote Lust. Wenn sich diese Gesinnung, sie mag religiös, politisch, moralisch sein, in einem Schriftwerk ausstattet, mit allen Merkmalen eines solchen Werkes, eines Dramas, einer Erzählung, einer Dichtung, so hat die Gesinnung das Merkmal des politisch Faßbaren und Angreifbaren aufgegeben. Über Werke dieser und jeglicher Art hat nicht der Richter, sondern der Literaturkritiker zu urteilen.

Man hat in Staaten, die nicht demokratisch sind, die offen oder versteckt Diktatur üben, aber schon die Gesinnung verboten und unterdrückt Schriftwerke mit einer bestimmten mißliebigen Gesinnung. Hier ist dies konsequent, am Platze und richtig. Denn dies sind Staaten, die selbst auf einer bestimmten eindeutigen Gesinnung aufgebaut sind und gefährdet sind bei der Zerstörung der Gesinnung. Nehmen sie den Ständestaat Mussolinis, die bolschewistische offene Diktatur des Proletariats.

Weder nach der Idee noch nach der Verfassung, noch nach den Reden der Regierungsmänner in Deutschland aber ist hier eine führende politische Leitidee proklamiert. Vielmehr ist dem demokratischen Staat, der freiheitlichsten Form, charakteristisch Indifferenz und die Toleranz gegen alle Ideen und Gesinnungen. Sogar die Idee der Diktatur wird hier sich äußern dürfen, die Verneinung der demokratischen Form selbst – und sie äußert sich notorisch ebenso oft rechts wie links – und sie wird um den Volkswillen werben dürfen. Es ist die Form des Staats, der Republik, durch den Willen des Volks, soweit dieser mit demokratischen Methoden überhaupt ermittelt werden kann, bestimmt worden; die Einrichtungen werden, jedenfalls dem Prinzip nach, von bevollmächtigten Vertretern des Volkes überwacht, unterliegen der ständigen Kritik und Aufsicht der interessierten Bürger. Und zum Überfluß kann das, was vom Volk gemacht ist, ständig von ihm verändert werden. Sind ja doch Wahlen zulässig, hat man doch so überall in Demokratien den Umstellungen der Gesamtgesinnung Rechnung getragen.

Hier also findet auch die politische Gesinnung des Schriftstellers ihren gesetzlichen, vorgesehenen unangreifbaren Platz.

Warum da, wo dies so klar ist, verurteilen Richter die Schriftsteller, wie es das Reichsgericht getan hat, der politischen Gesinnung wegen, verurteilen sie über das juristische Muß hinaus? Diese Richter kennen nicht die Demokratie, die wirkliche Demokratie, anerkennen nicht die eigentlichen, die lebendigen Kräfte im Volkskörper. Sie glauben an einen abstrakten Staat, den es nicht gibt. Sie anerkennen nicht die eigentlich staatsbildenden Kräfte im Volkskörper, und große Teile Deutschlands tun es nicht, weil sie noch nicht reif dafür sind. Die Menschen in Deutschland haben zu einem großen Teil noch nicht den Begriff der Volkssouveränität gefaßt. Sie haben noch die überkommene Vorstellung des abstrakten von ihnen unabhängigen Gewaltstaates, der über ihnen so lange geschwebt hat in der Faust eines Herrschers. Sie wissen nicht, daß sie aufhören können, mit der Staatsvergötterung, mit diesem versteckten Byzantinismus, daß sie den Staat als ihr Werkzeug zu bilden haben.

Deutschland ist nach der Revolution nicht aus einem Obrigkeitsstaat mit gekrönter Spitze zu einem Volksstaat geworden. Sondern es ist infolge seiner geringen demokratischen Umstellung ein Staat autonomer Beamten geworden, die aber anarchisch gegen und mit einander arbeiten, da ihnen nun die Spitze fehlt. Daß es so ist, ist nicht Schuld der Beamten, sondern des Volkes selbst, so daß schon gewisse Kreise bekanntlich den Schluß gezogen haben: das Volk sei demokratisch. Es ist faktisch noch recht unreif, eben durch Schuld der Monarchie; man macht alsdann nicht zehn Schritte auf einmal, jedes Ding will gelernt sein.

Die juristischen Beamten des Reichsgerichts haben so nach privater rückständiger Einsicht ihre literarischen Urteile gefällt. Es ist ihnen zu sagen, sie haben zu lernen und sich von ihren Richtersitzen nicht die geistige Leitung des Landes anzumaßen.

Es ergibt sich die Verpflichtung der Regierung, zum Schutz der Verfassung und demokratischen Rechte in Leipzig einzugreifen.

Wir werden die gefährlichen und perfiden Begriffe des literarischen Hochverrats nicht annehmen. Wir werden, wo es sich um unsere wahrhaftige Gesinnung handelt, unentwegt Hochverräter sein.

[Aktionsgemeinschaft für geistige Freiheit]

Diese Kampfgemeinschaft für geistige Freiheit kann heute nur dieselben Ziele haben wie jede solche Kampfgemeinschaft:

Erstens: *nicht* den »Schmutz und Schund« zu *schützen* und einen liebenden Mantel um ihn zu legen. Diejenigen, die es angeht, werden wissen, was ich meine. Es gibt eine Sorte von meist gebildeten Schriften, die, wenn sie amtlich bedrängt werden, selber sehen mögen, wo sie stehen. Wir haben *die geistige Freiheit* zu schützen, auch wo sie vorstößt auf schwieriges, umkämpftes, erotisches und politisches Gebiet. Das ist etwas anderes als den *Verlegerkapitalismus* schützen, wenn er drangeht, ohne die geringste kulturelle Ambition, gewisse sexuelle Bedürfnisse auszubeuten. Dies Geschäft geht uns nichts an. Wir moralisieren nicht darüber, aber wir haben kein Interesse daran. Wir werden in jedem Fall diese Linie »kulturelles geistiges Ziel« und »Geschäftskapitalismus« positiv scharf ziehen.

Zweitens: Wir haben da zu sein, wo Gruppen von besonderer »Weltanschauung«, politischer Haltung, kultureller Haltung sich der Gerichte bemächtigen wollen, um mit den Gerichten eine ihnen feindliche oder unangenehme Weltanschauung, politische Haltung, kulturelle Haltung zu schlagen. Den Bedrückten dieser Art sekundieren wir und haben vor Gericht und Öffentlichkeit auf Seiten der mit Machtmitteln bedrohten Geistesfreiheit zu stehen. Unsere Funktion ist da allemal: die Ankläger in ihrer Ahnungslosigkeit oder Bösartigkeit zu entlarven, die Gesetzmaschi-

nen anzuhalten und das gefährdete Kulturgut zu retten. Eine Riesenaufgabe. Es kann nicht genug Organisationen dafür geben.

Kassenärzte und Kassenpatienten

Das bürgerliche Publikum – sehr umfänglich ist es nicht mehr – hängt an das Wort Kassenarzt allerhand Urteile, die nicht besonders hochschätzender Art sind. Und was die Arbeiter und Angestellten anlangt, für die zunächst die Sozialversicherung gemacht ist und so auch die Errichtung von Krankenkassen, so frequentieren sie zwar den Kassenarzt in den Großstädten recht fleißig, aber eine rechte Vorstellung von ihm haben sie auch nicht. In den Arbeitern lebt ja vielfach stark und nicht zu Unrecht das Gefühl einer Benachteiligung, welches Gefühl sich richtet gegen alle Angehörigen und Mitglieder der sogenannten bürgerlichen Kreise und so auch gegen den Kassenarzt. Und es ergibt sich da das Merkwürdige, daß von zwei Seiten her der Kassenarzt scheel angesehen und nicht voll genommen wird und daß er weder bei dem bürgerlichen Publikum noch bei der Arbeiterschaft sich zu Hause fühlen darf. Er schwebt in der Luft. Die Arbeiter sehen im Kassenarzt den Bourgeois und monieren, bei ihm nicht dieselbe Behandlung zu erhalten wie der Privatpatient. Sie sind der Meinung, wie durch eine Klassenjustiz so auch durch eine Klassenmedizin benachteiligt zu werden. Dies ist wichtig, und ich muß gleich darauf antworten.

Die Arbeiter sind über die Hochschätzung, die der Privatpatient heute beim Arzt genießt, vollkommen falsch orientiert. Die Zahl der Privatpatienten ist ungeheuer zusammengeschmolzen. Die Folge davon ist, daß zugleich die Zahl der Ärzte, die als Privatärzte zu bezeichnen wären, zusammengeschmolzen ist. Von Jahr zu Jahr erfolgt sichtbar und fühlbar für den Arzt eine Ab-

wanderung seiner restlichen Privatklientel, alles schützt sich in Kassen. Da erfolgt dann ein wachsender Andrang der Ärzte aus dem vorher goldenen Westen in die Arbeitergegenden. In Berlin ist das in den letzten Jahren eine allgemeine Erscheinung. Wer sich nicht nach dem Verlust der Privatpraxis in eine Kassenpraxis rettet, ist verloren. So stehen die Dinge heute. Kann man da noch sagen: die Ärzte hätten geringeres Interesse an der Kassenpraxis? Ist Klassenmedizin möglich, wo es fast nur noch die Medizin einer Klasse, nämlich der Arbeiterklasse, gibt?

Und was die ärztliche Benachteiligung anlangt, den Minderwertigkeitskomplex der Arbeiter, so sind das Dinge, die hier schon lange nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Es geht den Kassenpatienten schon lange in ärztlicher Hinsicht enorm besser als den restlichen Privatpersonen. Man frage die restlichen Privatpersonen, wann sie sich, bei welchen Leiden, bei welchem Grad der Schmerzen, das Recht geben, einen Arzt aufzusuchen, wie lange sie davor zurückscheuen. Und man frage die restlichen Privatpersonen, wann sie sich das Recht nehmen, wegen irgendwelcher Beschwerden, und seien sie sogar fieberhafter Art, auszuspannen, keine Arbeit zu tun. Und man blicke umgekehrt auf die Verhältnisse bei den Kassenkranken. Ich bin genügend orientiert in kassenärztlichen Dingen und weiß, welche Loyalität im Krankschreiben, das heißt im Verordnen der Arbeitsruhe, besteht. Die Privatkranken würden mit Neid auf eine solche Einrichtung blicken! Und weiter: welche Unzahl von Ärzten, welche Masse von Fachärzten stehen den Kassenkranken zur Verfügung. Die ersten Namen sind dabei. Aber die Kassenkranken sagen ja, sie fänden da nur Massenabfertigung. Nun, ich bin sehr im Zweifel, ob den Kranken in ihrer Krankheit durch eine enorm verlängerte Untersuchung, die überflüssig ist, wirklich geholfen wird. Kassenpraxis ist eine Sache guter und rascher Diagnostiker und dazu Sache von Menschenkennern. Und wenn übrigens die Kassenkranken oft mit Erschrecken so viele Menschen in dem Wartezimmer finden – was auch nur bei einer Anzahl von Ärzten der Fall ist –,

so möchte ich ihnen zwei besondere Ursachen davon verraten. Die eine: je voller das Wartezimmer ist, um so mehr Patienten kommen noch. Sie verteilen sich nicht auf andere Ärzte. Die andere Ursache: ein guter Teil der Anwesenden kommt zu Untersuchungen, bei denen nichts oder kaum ein Befund erhoben wird und wobei es sich nicht um Krankheiten, sondern um bloße Angst vor Krankheiten handelt. Man kann gewiß keinem übelnehmen, wenn er bei Angst vor Krankheiten einen Arzt aufsucht. Aber die Sache hat auch ein anderes Gesicht. Diese Hypochondrien erscheinen zum Schaden für die wirklichen Kranken! Diese Patienten, die Hypochondrischen, sagen lächelnd nach der Untersuchung, die nichts ergab: das freut sie sehr, und man muß ja vorbeugen, und ein Onkel oder eine Tante hat ja neulich diese Krankheit gehabt. Aber – dem Arzt ist Zeit und Kraft weggenommen, dieselbe Zeit und Kraft, die andere, wirkliche Kranke brauchen, eben die draußen sitzen und über das volle Zimmer klagen!

Lassen Sie mich ein paar Worte vom Kassenarzt sagen. Er ist in den Dienst der Sozialversicherung eingestellt und ist kein freier und kein beamteter Arzt. Er hat eine gewisse Beamtenfunktion, denn er verfügt bei seinen Verordnungen über öffentliche Gelder, aber er ist auch frei, denn er hat keinen Vorgesetzten und untersteht nur seiner eigenen Standesorganisation. Er hat, als praktischer Arzt oder beschäftigter Facharzt, eine schwere ganztägige Arbeit. Wer diese Ärzte bei ihrer Arbeit sieht, bei diesem Gemisch und Durcheinander von Untersuchung und der Unmasse bürokratischer Schreibarbeit, der weiß, sie müssen sich enorm anstrengen, und – sie kommen nie zum Besitz. Sie können, wenn sie sich sehr anstrengen und es ihnen gut geht, sich und ihre Familie auf einer gewissen niedrigen bürgerlichen Stufe halten, aber wie lange und mit welchen Opfern. Sie sind notorisch Schwerarbeiter, die rasch verbraucht werden, rasch altern und, da ständig erschöpft und gehetzt, nicht viel Freude vom Dasein haben. Sie müssen die wenige überschüssige Kraft, die ihnen die Praxis läßt, aufwenden, um mit ihrer Wissenschaft in Verbindung zu bleiben,

um sich wenigstens im Größten auf dem laufenden zu erhalten. Droht ihnen die Gefahr der Erkrankung, Gelder zurücklegen können sie nicht – wer steht ihnen bei? Und wer steht Frau und Kindern bei bei ihrem Tod? Man höre und lese aus den Organisationen und in den Fachorganen von der Situation der Witwen und Waisen. Denn natürlich: von der Kassenpraxis hinterläßt kaum einer einen Pfennig, und die Kassen der Ärzte können nur mit minimalen Hilfen einspringen.

Ich habe bei diesen Notizen nur einen einzigen Blick auf diesen Stand zu werfen. Aber wenn ich es recht sehe, so ist es ein Stand mit einem tragischen Schicksal. Die Menschen dieses Berufes gehen mit Neigung und Interesse und Können in ihre Tätigkeit, sie werden rasch zu Arbeitstieren, werden mehr oder weniger proletarisiert, werden rasch verbraucht. Sie haben von der Klasse, aus der sie stammen, dem Bürgertum, die Vorstellungen, die ethischen Begriffe und halten in der Regel zeit ihres Lebens daran fest. Sie finden ideell, wenigstens bis jetzt, niemals ihren Ort. Sie sind halbe oder dreiviertel Arbeitnehmer, obwohl das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen nach der Bildung der großen Ärzteorganisationen seinen schlimmsten Stachel verloren hat, sie fühlen sich zugleich unverändert als freier Beruf. Ökonomisch steht der Kassenarzt zwischen dem freien Beruf, dem Beamten, dem Arbeitnehmer, aber – er schwebt zwischen den dreien, und ebenso schwebend ist seine ideelle Situation. Es ist die tragische Unklarheit, der tragische Zwischenzustand dieser Berufsgruppe.